

**Terminänderung:**

Die für den 06. Juni 2008 geplante Sitzung der Verkehrskommission muss verschoben werden. Der neue Termin findet nun am **09. Mai 2008, um 10.00 Uhr**, im Plenarsaal der Bezirksregierung Köln statt. Die Vorbesprechung der CDU-Fraktion findet um 9.00 Uhr, im Raum H 448 statt.

mission muss verschoben werden. Der neue Termin findet nun am **09. Mai 2008, um 10.00 Uhr**, im Plenarsaal der

Bezirksregierung Köln statt. Die Vorbesprechung der CDU-Fraktion findet um 9.00 Uhr, im Raum H 448 statt.

Wechsel in der Geschäftsstelle des Regionalrates

In der Geschäftsstelle des Regionalrates Köln gibt es seit dem 01. März 2008 einige personelle Veränderungen.

Frau Wölfel und Frau Lietzmann haben die Bezirksregierung zum 29. Februar 2008 verlassen.

Gerne möchten wir Ihnen die entsprechenden Nachfolgerinnen vorstellen:

Für die Verkehrskommission und die Sonderkommissionen

steht Ihnen zukünftig **Frau Knott** zur Verfügung. Sie erreichen Frau Knott unter der Telefonnummer **0221/7740-286** und unter der Mail-Adresse: **andrea.knott@bezreg-koeln.nrw.de**.

Für den Regionalrat, den Ältestenrat, die Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen ist Ihre zukünftige Ansprechpartnerin **Frau Haase-Hörsch**. Sie erreichen Frau

Haase-Hörsch unter der Telefonnummer **0221/7740-244** und unter der Mail-Adresse: **martina.haase@bezreg-koeln.nrw.de**.

Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln bedankt sich bei Frau Wölfel und bei Frau Lietzmann für die freundliche und kooperative Zusammenarbeit und wünscht weiterhin alles Gute für die Zukunft.

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln**Vorsitzender:**

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

Stellvertr. Vorsitzende:

Heidi Rackwitz-Zimmermann,
Rhein-Sieg-Kreis

Vorsitzender des Regionalrates Köln:

Gerhard Lorth MdL,
Stadt Bonn

Beisitzer:

Dieter Heuel,
Rhein Sieg Kreis
(Vors. Verkehrskommission)

Prof. Dr. Ing. Erhard Möller,
Stadt Aachen
(Vors. Braunkohlensausschuss)

Dr. Dieter Pesch,
Kreis Euskirchen
(Stellv. Vors. Kommission für
Regionalplanung und Strukturfragen)

Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin
Verena Vitz
Zeughausstr. 2-10
50667 Köln

Tel.: 0221 / 139 54 46
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de

Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

Aktuelle Infos unter:

www.cdu-regionalrat-koeln.de

... neue Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle des Regionalrates...

CDU-FRAKTION IM REGIONALRAT DES REGIERUNGSBEZIRKS KÖLN

RRK-Regionalrats-Report Köln

**Auf dem Weg in den Verbotsstaat****...oder wie der Staat seine Bürger entmündigt!**

Endlich haben wir es begriffen!

Der Staat weiß, was gut für seine Bürgerinnen und Bürger ist. Und damit sich diesen Erkenntnissen auch keiner entziehen kann, muss dies durch Verbote und Sanktionen geregelt werden: Rauchverbote, Umweltzonen, usw. Und dies alles geschieht – auf Anregung durch die Eurokratie – mit deutscher Gründlichkeit. Lückenlos, ohne Ausnahme, und bei Zuwiderhandlungen werden Bußgelder verhängt. Da wird mutig vorangeschritten, da werden Plakettenverordnungen erlassen (nur in Deutschland gültig), Verkehrsschilder erfunden (nur in Deutschland) und die Nichtraucher müssen in allen Kneipen dieses Landes vor den Rauchern geschützt werden, ob sie dies nun wollen oder nicht. Und in der EU wird bereits darüber nachgedacht, wie wir gesünder Essen, Trinken und Leben können, und auch hier bietet sich ein weites Feld für die gesundheitsbevormundende - pardon – fördernde Tätigkeit des deutschen Staates.

Denn wenn ein Problem erkannt wird, muss es von Staats wegen auch geregelt werden.

Endlich! Die Planwirtschaft feiert ihre Rückkehr, und dieses Mal nicht im Osten, sondern in einigen Staaten der Europäischen Union

mit Deutschland an der Spitze. Und dies mit hundertfünfzigprozentiger Planerfüllung über dem Soll. Der Staat – von der kommunalen bis zur Bundesebene – übernimmt das Denken für seine Bürger. Und wer allen Vorschriften und Regeln aus europäischer und deutscher Feder folgt, kann das eigene Denken einstellen und sich guten Gewissens und mit Vollkaskokomentalität in die Obhut der staatlichen Fürsorge begeben.

Sobald ein Problem erkannt wird, wird sofort der Ruf nach dem Staat laut. Und dieser ergreift dann auf allen Ebenen gerne die Gelegenheit, seine Tatkraft, Handlungsfähigkeit und Existenzberechtigung durch den Erlass von Verordnungen und Verboten zu beweisen – und seine Bürger mehr und mehr zu entmündigen. Und dies alles in kollektiver Nicht-Verantwortlichkeit, denn jede Verwaltungs- und Politikebene will ihren Beitrag dazu leisten, die Summe dieser Handlungsweise hat hingegen keiner mehr im Blick. Und daher müssen die Regelungen auch in Deutschland stets individuelle Unterscheidungsmerkmale haben wie z.B. die unterschiedliche Umsetzung des Rauchverbots in den einzelnen Bundesländern. **Das allein ist wahrer Föderalismus!**

Wie war das dereinst mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft? Der Staat soll nur die Rahmenbedingungen setzen? Wer liest und kennt denn heute noch Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack oder Walter Eucken?

Der Staat weiß, was gut und richtig ist, und dies muss den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem eigenen Schutz bis ins kleinste Detail verordnet werden.

Daher zum Schluss noch ein konstruktiver Vorschlag:

Der Fußgängerverkehr ist bisher weitgehend unreguliert, und auch hier könnte mit einigen Vorschriften Ordnung geschaffen und bei Verstößen Geld in die Kasse gebracht werden: Aufgemalte Fußstapfen auf dem Bürgersteig könnten sofort Abhilfe schaffen, gleichzeitig die Wirtschaft und die Bürokratie ankurbeln und durch die Einführung der Rechts-vor-Links Regelung wäre die Erhebung von Bußgeldern bei Verstößen nur noch ein Kinderspiel ...

Ihr

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Themen in dieser Ausgabe:

- Seite 1:** Auf dem Weg in den Verbotsstaat
- Seite 2:** Informationsveranstaltung „Restsee Inden“
Sanierung von Landesstraßen
- Seite 3:** Binnenmodernisierung der Bezirksregierung
Verwaltungsmodernisierung in NRW
- Seite 4:** Wechsel in Geschäftsstelle des Regionalrates
Terminänderung nächste VK/ Impressum

Nächste Sitzungstermine:**Regionalrat:**

Freitag, 13. Juni 2008, 10 Uhr

Verkehrskommission:

Freitag, 09. Mai 2008, 10 Uhr !

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen:

Freitag, 25. April 2008, 10 Uhr

Sitzung der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln

Freitag, 30. Mai 2008, im Anschluss an die Soko Regionale 2010

CDU-Fraktion im Regionalrat informierte sich über geplanten „Restsee Inden“ Größter See in NRW soll in Inden entstehen

... der geplante „Restsee Inden“ soll die Lebensraumvielfalt sowie die Wertigkeit der Landschaft erhöhen...

Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln und die CDU-Fraktion im Braunkohlensausschuss haben sich am Freitag, dem 07. März 2008, zu einer gemeinsamen Veranstaltung in Inden getroffen, um sich über den geplanten „Restsee Inden“ zu informieren und gemeinsam über Sachstand und Planung zu diskutieren. Zu der Veranstaltung waren auch betroffene Kommunalpolitiker eingeladen, um am gemeinsamen Informationsaustausch teilzunehmen.

Als Referenten standen Herr Kosma (RWE, Leiter der Abteilung Tagbauplanung und Umweltschutz), Dr. Lars Kulik (RWE, Leiter des Bereichs Tagebauplanung und -genehmigung) und Frau Müller (Bezirksregierung Köln, Regionalentwicklung Braunkohle) zur Verfügung. Zu Beginn informierte Herr Kosma über die Planungen zum Restsee Inden, im Anschluss folgte der Vortrag von Frau Müller zum Ablauf der Ände-

rung des Braunkohlenplanes:

Bislang war geplant, den Tagebau Inden II, der sich zwischen Eschweiler und Jülich befindet, nach seiner Auskohlung mit den Erdmassen aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler II zu verfüllen. Der Transport dieser Erdmassen sollte über eine kilometerlange Bandstraße quer durch den Kreis Düren erfolgen.

Auf Antrag der Stadt Inden vom 04.07.2000 soll der Braunkohlenplan für den Tagebau Inden nun dergestalt geändert werden, dass statt der bisher geplanten Verfüllung ein „Restsee Inden“ entstehen soll. Anstatt einer Rekultivierung soll somit ein Freizeitsee geschaffen werden, der mit Wasser der Rur gefüllt werden soll.

Nach umfangreichen Untersuchungen und der Gründung eines entsprechenden Arbeitskreises, beschloss der Braunkohlensausschuss am 15.12.2005 die Erarbeitung des Braunkohlenplanes zur Änderung des Braunkohlenplanes Inden, Räumlicher Teilabschnitt II, geänderte Grundzüge der Oberflächengestaltung und Wiedernutzbarmachung. Nach den in 2008 stattfindenden Erörterungsterminen, könnte ein entsprechender Aufstellungsbeschluss im 1. Quartal 2009 gefasst werden.

In seinen endgültigen Ausmaßen soll der Restsee eine Wasserfläche von rund 1100 ha erreichen und somit der größte See in Nordrhein-Westfalen werden. Rund 800 Mio. m³ Wasser sollen den ca. 180 m tiefen See, dessen Ufer ca. 14 km lang werden soll, füllen. Wegen der gewaltigen Ausmaße wird der See von den Planern auch „Indescher Ozean“ genannt.

Im Jahr 2030 wird der Tagebau Inden II abgeschlossen sein, dann könnte die Befüllung des 180 m tiefen Loches beginnen. Bis der See gefüllt ist werden 30-40 Jahre vergehen. Die neu entstehende Wasserfläche soll bereits sehr früh nutzbar sein. Bereits 5 Jahre nach Beginn der Füllung soll der See genutzt werden können. Er verfügt dann über eine Wasserfläche von 250 ha und ist zweimal so groß wie der Blausteinsee.

Im Rahmen der Veranstaltung hatten die Anwesenden zudem die Möglichkeit, ein ca. 4 qm² großes Modell zu begutachten, welches den Tagebau Inden II und seine Umgebung zeigt. Anhand dieses Modells kann man die einzelnen Stufen der Befüllung erkennen und sehen, wie sich der „Restsee Inden“ in den nächsten 55-65 Jahren entwickeln würde, sofern der entsprechende Aufstellungsbeschluss gefasst wird.

77 Millionen Euro für Sanierung von Landesstraßen

22 Sanierungsmaßnahmen sind im Regierungsbezirk Köln betroffen

Um den schleichenden Substanzverlust bei der Infrastruktur zu stoppen, soll der Zustand der Straßen in NRW deutlich verbessert werden. Um das Netz der Landesstraßen zu reparieren, investiert die CDU-geführte Landesregierung insgesamt knapp 77 Millionen Euro - einschließlich der 23 Millionen Euro EU-Mittel aus dem Kyrrill-Sonderprogramm. Mit den verbleibenden 53,3 Millionen Euro können 84 Vorhaben in NRW realisiert werden.

22 der 84 betroffenen Maßnahmen befinden sich im Regierungsbezirk Köln. Für diese stehen insgesamt 5,53 Millionen Euro für die Sanierung von Fahrbahndecken und Brücken bereit. Hierzu zählen:

Sanierung Fahrbahndecken:

Die L 11 (Stolberg/Gressenich-Hastenrath 2.BA), die L 61 (Mechernich-Satzvey/Abschnitt Mechernich-Kläranlage), die L 73 (Dünwald - Merheim), die L 92 (Klettenberg), die L 94 (Morsbach/ Appenhagen bis Oberzielenbach), die L 106 (Monschau/ B 258 - L 246), die L 136 (Bergisch Gladbach - Bensberg/ AS Moitzfeld), die L 144 (Bad Honnef - Himberg/ Teilabschnitte), die L 238 (Eschweiler/ Sofienstr. - Floriansweg), die L 238 (Eschweiler/ Floriansweg - Talstraße), die L 238 (Stolberg/ L 236 - Steinfurt), die L 261 (Meckenheim/ L 158 - A 565 AS

M.-Nord), die L 286 (Kürten - Eichhof), die L 329 (Bergisch Gladbach/ Sand-Kierdorf), die L 333 (Hennef-Eitorf/ Teilbereiche, mit Felshangsicherung) und die L 338 (Wiehl/ Mühlental - Marienberghausen).

Sanierung Bauwerke/Brücken:

L 81 (Radevormwald/ Stützwall Dahlhausen), L 124 (Köln/ Hochstraße, Instandsetzung FBÜ), L 260 (Aachen/ Instandsetzung Brücke „Königshügel“), L 260 (Aachen/ Instandsetzung Brücke „Melatener Straße“, L 288 (Leverkusen/Opladen/ Instandsetzung Wupperbrücke), L 324 (Morsbach/Holpe / Erneuerung Stützwall).

... CDU-geführte Landesregierung investiert 77 Millionen Euro...



Änderungen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung Binnenmodernisierung der Bezirksregierung Köln

Seit dem 01.01.2008 hat die Bezirksregierung Köln eine neue, gestraffte Struktur und ein geändertes Aufgabenspektrum. Schwerpunkte in den Veränderungen liegen in den Bereichen Umweltrecht, Vermessungsverwaltung, Versorgungsverwaltung und öffentlicher Personennahverkehr.

Die Zuständigkeiten im Umweltbereich wurden nach dem Gesetz der Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts im Grundsatz den Kreisen und kreisfreien Städten zugeordnet. Die Bezirksregierung ist nur noch in den Fällen zuständig, wenn dies ausdrücklich gesetzlich geregelt ist.

Zudem wurde das ehemalige Landesvermessungsamt NRW in die Bezirksregierung Köln integriert. Es entsteht somit die neue Abteilung 7 „Geobasis

NRW“ die eine landesweite Zuständigkeit hat.

Durch das 2. Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in NRW sind die Versorgungsämter zum 31.12.2007 aufgelöst worden. Die Aufgaben der Versorgungsämter Aachen und Köln im Zusammenhang mit der Abwicklung der arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme sind zum 01.01.2008 in die Zuständigkeit der Bezirksregierung Köln übergegangen.

Mit der Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW wurde die bei der Bezirksregierung angesiedelte Zuständigkeit für die Bewilligung von ÖPNV-Infrastrukturfördermaßnahmen zum 01.01.2008 auf landesweit drei kommunale Zweckverbände übertragen. Im

Regierungsbezirk Köln ist hierfür der Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) gegründet worden. Es handelt sich hierbei um einen gemeinsamen Dachverband des AVV und des VRS. Er ist zuständig für Planung, Organisation, Bestellung und Ausgestaltung des SPNV im Kooperationsraum.

Geändert hat sich somit natürlich auch die Binnenorganisation der Bezirksregierung. Der Hauptsitz der Bezirksregierung Köln befindet sich weiterhin in Köln, des weiteren gibt es Außenstellen in Bonn und Aachen.

Unter dem Motto „Region denken. Praktisch entscheiden“ empfiehlt sich die Bezirksregierung als „Herz“ der Regionalverwaltung Rheinland.

Bitte beachten Sie hierzu auch den **neuen Organisationsplan der Bezirksregierung Köln** sowie die **Informationsbroschüre „Region denken. Praktisch entscheiden“**

Der Plan und die Broschüre sind dem Regionalrats-Report als Anlage beigelegt.



Neues Logo der Bezirksregierung

Neue Info-Serie „Begriffe aus der Praxis“

Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen

Für die laufende Legislaturperiode hat die CDU-geführte Landesregierung einige Schwerpunkte zur Verwaltungsmodernisierung gesetzt.

Es geht hierbei um einen **leistungsstarken, bürgerorientierten und flexiblen öffentlichen Dienst**, eine **Verwaltungsstrukturreform**, ein **doppisches Haushalts- und Rechnungswesen**, um **E-Government** und **Bürokratieabbau**.

Im öffentlichen Dienst sollen zeitgemäße Strukturen geschaffen werden, die eine Reaktion auf die Haushaltskrise und eine Antwort auf die gewandelten Anforderungen öffentlicher Aufgabenerledigung darstellen.

Die **Verwaltungsmodernisierung** soll entsprechende Voraussetzungen schaffen.

Verwaltungsstrukturreform

Ziel der Verwaltungsstrukturreform ist es, die Verwaltung des Landes zu verschlanken, unübersichtliche Kompetenzen zu entflechten sowie die Transparenz und Ergebnisverantwortung im Verwaltungshandeln zu erhöhen. Es wird überprüft, welche Aufgaben der Staat weiterhin wahrnehmen muss, welche entfallen, welche privatisiert und vor allem welche Aufgaben kommunalisiert werden können.

Binnenmodernisierung

Im Rahmen der Binnenmodernisierung soll die Verwaltung kundenfreundlicher und effizienter werden. Zum 01.01.2008 wurde die Bezirksregierung neu organisiert und

weitere Sonderbehörden eingegliedert (siehe hierzu S.3 oben und beigelegte Anlagen).

Bürokratieabbau

Ein wichtiges Ziel der CDU-geführten Landesregierung ist die Beseitigung von Überregulierungen und unnötiger Bürokratie - folglich weniger Staat. Ziel ist ein starker Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und deshalb diese wieder wirksam wahrnehmen kann. Investitionen, Innovationen und Kreativität sollen somit gefördert werden.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen
Zweiter Zwischenbericht zu Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau und Binnenmodernisierung

www.im.nrw.de

Weitere Informationen und Zwischenberichte finden Sie auf der Homepage des NRW Innenministeriums:
www.im.nrw.de